

Reiner Bernstein

Kein Wandel durch Handel – eine Entgegnung¹

Roman Herzog hat vor einigen Jahren, als die Konjunkturentwicklung zu Sorgen Anlass bot, den deutschen Unternehmern geraten, mehr als bisher in politischen Kategorien und Begriffen zu denken statt sich allein auf die ökonomische Vernunft zu verlassen. Ob diese Anregung in der Zwischenzeit auf fruchtbaren Boden gefallen ist, mag dahingestellt bleiben. Zu vermuten wäre allerdings, dass Politik und Ökonomie längst eine Ehe in internationalen Institutionen mit milliardenschweren Haushalten eingegangen sind.

Dass Rechnungen wie diese ohne den Vergabewirt gemacht worden sind, lässt ein Beitrag aus dem Hause der Weltbank erkennen, der Wege aus der Armut in Palästina weisen soll. Geht man davon aus, dass die Überschrift in der Verantwortung der Redaktion liegt, die den Terminus „Palästina“ als staatspolitische Vokabel verwendet, obwohl ihm bestenfalls ein geopolitisches Format zukommt, so legen es die beiden Autoren Astrup und Dessus auf den Beweis an, dass eine renovierte palästinensische „Entwicklungsstrategie“ auf dem Arbeitsmarkt sowie im Bereich von Handwerk und Gewerbe zum wirtschaftlichen Vorteil der Westbank und des Gazastreifens ausschlagen werde.

Eine solches Kalkül stellt jedoch die Realität auf den Kopf, weil es Ursachen und Wirkungen verwechselt. Der Wortlaut der Prinzipienklärung von Oslo legte es trotz aller gegenteiligen Beteuerungen nicht auf einen palästinensischen Staat an. In grober Überschätzung der ihr zugesprochenen psychologischen Dynamik, die Israel bei den bevorstehenden Verhandlungen zum Einlenken zwingen werde, kam die palästinensische Abhängigkeit über einen labilen Autonomiestatus nicht hinaus und blieb weit unterhalb der nationalen Souveränitätsebene. Denn die israelische Regierung mit Rabin und Peres an der Spitze scheute vor dem Quantensprung eines mehr oder minder vollständigen Rückzugs aus den besetzten Gebieten zurück, weil sie zu Recht befürchtete, eine solche Entscheidung innenpolitisch nicht zu überleben. Als Rabin sich schließlich durchrang, zumindest Teile der Westbank aufzugeben, bezahlte er diese Entscheidung fünf Wochen später mit dem Tod.

Zu Missverständnissen gibt nicht minder die Kennzeichnung des Pariser Protokolls zwischen beiden Seiten vom April 1974 Anlass. Wenn die Autoren von einer „Zollunion“ sprechen, dann setzen sie eine Tradition fort, die der frühere Weltbank-Präsident Stanley Fischer auf die Erwartung der künftigen Integration beider Wirtschaften gründete. Tatsächlich jedoch hat sich an den asymmetrischen Marktbeziehungen von damals nichts geändert, diese sind vielmehr in der Zwischenzeit außer Kontrolle geraten. In den siebziger Jahren hatte ein Team von israelischen und

¹ Claus P. Astrup und Sébastien C. Dessus: Wege aus der Armut in Palästina, in SZ 19.11.2002, S. 2. Der Beitrag erschien u.a. auf der Website des Kasseler Friedensforums.

palästinensischen Wirtschaftsfachleuten vor dem Risiko eines „Wirtschaftsimperialismus“ gewarnt und wollten es neben Israel auch auf Jordanien verteilen, das sich um die Rückgewinnung der 1967 verlorenen Westbank bemühte. Heute trägt die Bevormundung einseitige israelische Züge. Dass Arafat von einer Mitverantwortung für diese Entwicklung nicht freizusprechen ist, liegt auf der Hand: Die Konzentration aller politischen Energien auf die Staatsgründung vernachlässigte den Aufbau einer von bilateralen Krisen unabhängigen Wirtschaftsordnung, so dass Zehntausende Wanderarbeiter gezwungen waren, das Brot ihrer Familien in Israel zu suchen. Dass diese Steuerung ihres Lebens nicht ihrem politischen Willen entsprach, dürfte sich unter den Bedingungen der Besatzung ihrer Städte, Dörfer und Felder von selbst verstehen.

Ganz offensichtlich wird in Kreisen der Weltbank nach wie vor übersehen, wie stark die wirtschaftliche Entwicklung der palästinensischen Gebiete von ihrem politischen Status abhängt. Mag für andere Weltgegenden der Satz „Wandel durch Handel“ gelten, so verhält es sich hier genau umgekehrt: Die politische Souveränität der Palästinenser bildet die notwendige Prämisse für die Stimulierung von einheimischen Wachstumspotenzialen. Ansonsten bleibt es dabei, dass die Verweigerung der politischen Ebenbürtigkeit mit der Sperrung von Flug- und Seehäfen für den palästinensischen Export und mit der Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur in den besetzten Gebieten einhergeht. Die Mahnung Roman Herzogs hat offensichtlich New York noch nicht erreicht.

Email: Reiner.Bernstein@web.de
